



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 10/2018



Frohe Weihnachten und
ein glückliches neues Jahr



Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem aktuellen Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des November und Dezember Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

In der letzten Plenarwoche in diesem Jahr stand die sogenannte Generaldebatte an. Die Generaldebatte ist geknüpft an die 3. Lesung und letzte Abstimmung über den Haushalt der Landesregierung für das kommende Jahr. Genutzt wird die Debatte um ein Resümee zu ziehen: Was ist in diesem Jahr passiert? Doch bei der schwarz-gelben Landesregierung gilt es eher zu fragen, was in diesem Jahr alles nicht passiert. Die Aufzählung an nicht gehaltenen Wahlkampfversprechen und handwerklichen Fehlern wäre schier unendlich. Deshalb möchte ich an dieser Stelle exemplarisch zwei Themen aufgreifen: Mehr als 135.000 Eltern haben in Massenpetitionen die Landespolitiker aufgefordert, die Kita-Gebühren in Nordrhein-Westfalen abzuschaffen. Die SPD machte die Petitionen daraufhin zum Gegenstand eines [Antrages](#), zu dem jedes Landtagsmitglied Stellung nehmen musste. Mit dem Ergebnis: Die SPD ist die einzige Partei, die sich für gebührenfreie Kitas einsetzt. Alle anderen Abgeordneten haben gegen die Beitragsfreiheit gestimmt. Auf Die Dauer kann Schwarz-Gelb nicht gegen den Willen von zehntausenden Eltern regieren. Wir werden beitragsfreie Kitas weiter zum Thema machen.

Eine weitere nicht enden wollende Baustelle: die Diesel-Debatte. In 14 nordrhein-westfälischen Städten drohen im nächsten Jahr Fahrverbote. Und bis dato gibt es immer noch keine Antwort der Landesregierung auf die vielen offenen Fragen vieler betroffener Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Die Landesregierung muss endlich Farbe bekennen und sich klipp und klar dazu äußern, wie sie die drohenden Fahrverbote abwenden möchte. Es ist höchste Zeit. Wir lassen es der Landesregierung nicht durchgehen, dass die Betroffenen mit ihrem Problem alleine gelassen werden. Und wenn wir dazu in jeder Plenarwoche einen [Antrag](#) stellen müssen.

Im Januar melde ich mich mit meinem Newsletter wieder zurück, bis dahin wünsche ich allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr, und natürlich viel Spaß beim Lesen des Newsletters!

André Stinka MdL

MIETERSCHUTZ IST SOZIALE VERANTWORTUNG DER LANDESREGIERUNG!

Mehr als 55 Prozent aller Einwohner in Nordrhein-Westfalen wohnen zur Miete. Die Versorgung mit bezahlbarem Mietwohnraum ist daher eine verpflichtende Kernaufgabe der Landesregierung. 2014 hat die SPD-Vorgängerregierung eine Verordnung eingeführt, die ungerechtfertigte Mietpreiserhöhungen bei Bestandsmieten begrenzt. Das sieht Schwarz-Gelb jedoch anders: Bereits in ihrem Koalitionsvertrag haben sie sich darauf verständigt, den landesrechtlichen Mieterschutz abzuschaffen und die gesetzliche Begrenzung mit Ablauf des 31. Mai 2019 außer Kraft zu setzen. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung zum Stopp ihrer unsozialen Vorhaben auf!



[Drucksache 17/4454](#)

ERFOLGSGESCHICHTE „OFFENER GANZTAG“ FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN!



Der Ganzttag ist eine Erfolgsgeschichte und er ist von großer Bedeutung für das nordrhein-westfälische Bildungssystem. Für immer mehr Eltern ist damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisierbar geworden. Allerdings muss der OGS weiterentwickelt werden. Wir verlangen von der Landesregierung, landesweit gültige Standards zu definieren für Räume, Ernährung, Personal und Unterrichtsinhalte. Außerdem muss sie in Verhandlungen mit Bund und Ländern eintreten, um die Rahmenbedingungen für den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2025 abzustimmen.

[Drucksache 17/4456](#)

VERMEIDEN STATT VERMÜLLEN

Die Vermüllung von öffentlichen Räumen schreitet zunehmend voran. Nachgewiesen ist das Phänomen: Wo bereits Müll liegt, wird bald noch mehr landen und es entstehen Müllbrennpunkte. In Quartieren, die als sozialer Brennpunkte verstanden werden, nehmen die Anwohner Vermüllung als weiteren Grund für ihre gesellschaftliche und staatliche Ausgrenzung wahr. Wir fordern die Landesregierung dringend dazu auf, Maßnahmen gegen die voranschreitende Vermüllung und Verwahrlosung öffentlicher Plätze, Straßen und ganzer Stadtviertel zu entwickeln. Nachhaltigen Erfolg bringen nur eine intensive und kontinuierliche Reinigung und eine intensive Aufklärungsarbeit. Eine zentrale Rolle spielen hier in NRW die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Abfallbetriebe.



[Drucksache 17/3014](#)

CDU UND FDP WOLLEN EIN ZWEI-KLASSEN SYSTEM BEI STRAßENAUSBAUBEITRÄGEN

Bereits in meinem letzten Newsletter habe ich darüber berichtet, dass wir als SPD-Landtagsfraktion die Straßenausbaubeiträge abschaffen wollen. Die schwarz-gelbe Koalition ist durch die von uns vorgelegte Initiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unter Druck geraten. Leider konnte sie sich bisher nicht dazu durchringen, unserem klaren Vorschlag zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zu folgen: Die Beiträge müssen abgeschafft werden. Die von Straßenausbaumaßnahmen betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner haben oftmals existenzielle Sorgen angesichts der hohen Gebührenbescheide.



Stattdessen verabschiedeten die Koalitionsfraktionen einen unkonkreten und halbherzigen Antrag, der den Bedürfnissen der betroffenen Menschen im Land in keiner Weise gerecht wird. Die in dem Antrag vorgegebene politische Zielsetzung vergrößert sogar noch die bereits bisher bestehende unbefriedigende Situation. CDU und FDP wollen es nämlich zukünftig den Kommunen freistellen, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht. Das wird dazu führen, dass reiche Städte und Gemeinden zukünftig ohne die Erhebung entsprechender Beiträge ihre Anliegerstraßen ausbauen und sanieren. Finanzschwache Städte und Gemeinden werden hingegen entweder nicht bauen oder aber ihre Bürgerinnen und Bürger weiterhin mit teilweise hohen Beiträgen zur Kasse bitten müssen. Das ist in höchstem Maße ungerecht und führt zur Spaltung unseres Landes.

Hier der Link zur [Kompakt-Info](#) der SPD-Landtagsfraktion.

[Drucksache 17/4115](#)

"DAS NEUE POLIZEIGESETZ"

Der Landtag NRW hat letzte Woche ein neues Polizeigesetz verabschiedet. Wir als SPD-Fraktion haben diesem Gesetz zugestimmt. Viele Menschen wollen wissen, warum wir uns dazu entschieden haben. Das möchte ich nachfolgend gerne erklären.

Auf dem Landesparteitag der NRWSPD vom 23. Juni 2018 hat die Partei folgenden Beschluss gefasst: „Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den aktuell vorliegenden Entwurf für das sechste Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen – Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – aus den in der Begründung genannten Gründen abzulehnen. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich in Verhandlungen mit den demokratischen Fraktionen im Landtag für ein **freiheitliches, verfassungskonformes** und **den Sicherheitsbedürfnissen des Landes entsprechendes Polizeigesetz** einzusetzen.“

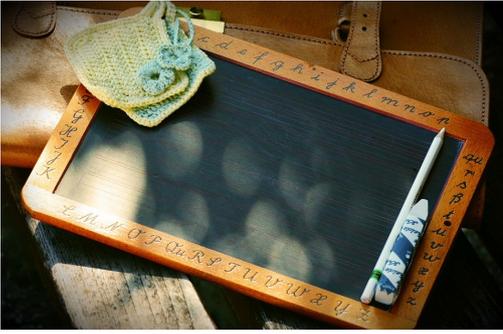
Das, was der Parteitagsbeschluss von uns als Fraktion gefordert hat, haben wir getan. **Wir haben den seinerzeit vorliegenden Entwurf der Regierungskoalitionen abgelehnt.** In dieser Fassung, gegen die massive verfassungsrechtliche Bedenken geäußert wurden, hätte er niemals unsere Zustimmung gefunden. Deshalb haben wir uns in den Verhandlungen mit den regierungstragenden Fraktionen für eine maßgebliche Neugestaltung des Gesetzes eingesetzt. So wie es der Parteitagsbeschluss von uns gefordert hat.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist ein deutlich entschärfter Gesetzentwurf, der auch von den Experten in den Sachverständigenanhörungen als verfassungskonform eingestuft worden ist. Die Änderungen an dem Gesetz sind vor allem auf unseren Druck hin umgesetzt worden. So wird beispielsweise die Möglichkeit einer vorübergehenden Festnahme zur Verhinderung bevorstehender Straftaten (sog. „Unterbindungsgewahrsam“) nicht unbegrenzt ausgeweitet, sondern auf eine grundsätzliche Höchstdauer von 14 Tagen begrenzt – und zwar nur nach richterlicher Entscheidung. Auch eine Verlängerung ist nach erneuter richterlicher Entscheidung auf maximal 14 Tage beschränkt. Ursprünglich war hier jeweils ein Monat vorgesehen.

Welche Änderungen wir noch durchgesetzt haben, kann man einer [Kompakt-Info](#) und einer [tabellarischen Übersicht](#) entnehmen.

Ich bin als Mitglied der SPD-Landtagsfraktion davon überzeugt, mit den erreichten Änderungen die Anforderungen des Parteitagsbeschlusses erfüllt zu haben. Deshalb habe ich sowie meine Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Landtagsfraktion diesem Gesetz zugestimmt.

MEHR DEMOKRATIE AN SCHULEN WAGEN



Demokratie ist ein hohes Gut. Unsere Schulen sind dazu angehalten, im Unterricht den Grundstein für Demokratiefähigkeit bei den Schülerinnen und Schülern zu legen und auszubauen, damit sie als mündige Bürger an der Gesellschaft teilhaben können. Ein eigenständiges Urteilsvermögen schützt nicht nur vor einer Anfälligkeit für rechtsextreme oder rassistische Ideologien, sondern befähigt auch zum Umgang mit großen Herausforderungen wie der Globalisierung und Digitalisierung. Für eine zukünftige demokratische Gesellschaft, plädieren wir für mehr politische Bildung im Schulunterricht, die gesetzlich verankert werden muss.

[Drucksache 17/4441](#)

ERFOLGREICHER WANDEL BRAUCHT EINE GUTE INFRASTRUKTUR

Das Rheinische Revier steht vor großen Veränderungsprozessen. Damit die Klimaschutzziele erreicht werden können, stehen umfassende strukturpolitische Anstrengungen bevor. Dabei darf der Wandel von Energiesektor und Wirtschaft aber nicht einfach den Marktkräften überlassen werden. Die Menschen und Kommunen müssen aktiv bei dieser Veränderung unterstützt werden. Zu einer erfolgreichen Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier braucht die Region eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) greift hier zu kurz, weil nicht alle erforderlichen Straßenbaumaßnahmen als „Vordringlicher Bedarf“ vorgesehen sind. Deshalb braucht das Revier einen Sonderverkehrswegeplan zur Sicherung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes NRW. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die notwendigen finanziellen Mittel und weiteren Rahmenbedingungen auf Bundesebene bereitgestellt werden und machen konkrete Vorschläge für erforderliche Infrastrukturmaßnahmen.



[Drucksache 17/4292](#)

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT IN DEUTSCHLAND – VIEL ERREICHT UND NOCH VIEL

Das Motto des ersten Internationalen Frauentages 1911 lautete „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Dank des Einsatzes starker sozialdemokratischer Frauen trat am 30. November 1918 das Reichswahlgesetz mit dem Frauenwahlrecht in Kraft. In Artikel 109 Absatz 2 der Weimarer Verfassung wurde festgelegt: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten.“ Wie die Sozialdemokratin Marie Juchacz in ihrer Rede als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung betonte, wurde den Frauen endlich das zugestanden, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten wurde. Die Bilanz nach 100 Jahren fällt jedoch ernüchternd aus: In nordrhein-westfälischen Kreis-, Gemeinderäten sowie Bezirksvertretungen stellen Frauen knapp 30 Prozent der Mandate, in kommunalen Spitzenfunktionen sind Frauen noch weniger vertreten. Hier muss weiter nachgebessert werden. Gleichberechtigung muss nicht nur rechtlich, sondern auch gesellschaftlich umgesetzt werden. Mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN haben wir bekräftigt, dass die Errungenschaften der Gleichstellung der Geschlechter als demokratische Grundprinzipien nicht verhandelbar sind. Unter anderem fordern wir die Landesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und gleichstellungspolitische Ziele für Frauen und Männer zu fördern.

[Drucksache 17/4291](#)

INTENSIVER MEINUNGSAUSTAUSCH IN DARUP

Auf meine Einladung hin besuchte Dr. Jochen Reidegeld, stellvertretender Generalvikar im Bistum Münster, die Einrichtung „Alter Hof Schoppmann“ im Nottulner Ortsteil Darup. An dem intensiven Gespräch nahmen auch Martin Althoff, Geschäftsführer der Träger-GmbH der Einrichtung, sowie Nottulns Bürgermeisterin Manuela Mahnke teil.



Jochen Reidegeld war sehr angetan vom Konzept der Einrichtung, welche Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten für ehemalige suchtabhängige Menschen bietet. Träger des Hauses sind gemeinsam die IBP GmbH, welche sich in mehreren Orten des Kreises sowohl ambulant als auch stationär der Arbeit mit Suchtkranken widmet, das Naturschutzzentrum des Kreises Coesfeld und die genossenschaftliche Dorfgemeinschaft Darup.

Bürgermeisterin Mahnke hob hervor, dass gerade die enge Einbindung der Einrichtung in den Ortsteil ein Beispiel gelungener Integration von Menschen in einer schwierigen Lebenslage sei. Gleichzeitig sei durch das Veranstaltungsprogramm in Darup ein wunderbarer Kristallisationspunkt von Kultur in unterschiedlicher Form entstanden. Und tatsächlich kam wie zur Bestätigung eine fröhliche Kinderschar aus dem benachbarten Kindergarten – das Mittagessen bekommen die Kinder nämlich im Alten Hof Schoppmann serviert.

Weitere Themen des Meinungsaustausches waren insbesondere die Wünsche nach Entbürokratisierung bei der Förderung von Integrationsangeboten und die Notwendigkeit von mehr Praxisnähe bei der Jobvermittlung. Meines Erachtens besteht hier die Verpflichtung auch über Kreisgrenzen hinweg Vermittlungsbemühungen zu verknüpfen. Es kann nämlich nicht sein, dass im Kreis Coesfeld Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, während in einem südlichen Nachbarkreis noch Auszubildende nach einem Ausbildungsplatz suchen.

VERTEILUNG DER WEIHNACHTSGRÜßE AUF DEM DÜLMENER WOCHENMARKT



In der letzten Woche habe ich — wie jedes Jahr — gemeinsam mit unserer Europakandidatin Sarah Weiser auf dem Dülmener Wochenmarkt einen kleinen Weihnachtsgruß in Form von selbstgemachten Keksen an die Bürgerinnen und Bürger verteilt.

Wir sind mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen und wurden insbesondere auf das Thema Wohnen vermehrt angesprochen. Der fortschreitende Wohnungsmangel in NRW führt zu verstärktem Mietpreisanstieg. Bezahlbares und lebenswertes Wohnen wird für Familien mit durchschnittlichem Einkommen oder Geringverdiener, immer schwieriger. Die Zahl der Wohnungslosen nimmt beständig zu. Es werden insgesamt zu wenig bezahlbare und barrierefreie Wohnungen gebaut, stattdessen wird der landesrechtliche Mieterschutz durch Schwarz-Gelb abgeschafft. Wir als SPD-Landtagsfraktion haben deshalb in der letzten Plenarwoche mit einem [umfangreichen Maßnahmenkatalog](#) die Landesregierung aufgefordert, endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung in Nordrhein-Westfalen wahrzunehmen, um die Gesellschaft nicht weiter zu spalten. Wir als SPD versprechen: Wir bleiben da weiter dran!

An dieser Stelle möchte ich mich für die vielen guten und offenen Gespräche bedanken. Wir hoffen allen Beschenkten eine kleine Freude gemacht zu haben. Denn das ist es, was für mich persönlich die Advents- und Weihnachtszeit insbesondere ausmacht: Freude schenken. In diesem Sinne wünsche ich allen Frohe Weihnachten!